

Björn Böhning, Kai Burmeister

---

## Sozialabbau im Namen der Generationengerechtigkeit ?<sup>1</sup>

*„Die Geschichte ist nichts als die Aufeinanderfolge der einzelnen Generationen, von denen Jede die ihr von allen vorhergegangenen übermachten Materialien, Kapitalien, Produktionskräfte exploitiert, daher also einerseits unter ganz veränderten Umständen die überkommene Tätigkeit fortsetzt und andererseits mit einer ganz veränderten Tätigkeit die alten Umstände modifiziert.“ (Karl Marx, Friedrich Engels, *Die deutsche Ideologie*)*

Die Generationenendebatte hat in Deutschland Hochkonjunktur. War Generationengerechtigkeit ursprünglich eng mit einem ökologisch inspirierten Nachhaltigkeitsdiskurs verbunden, bezieht sich dieser heute eher auf die Finanz- und Sozialpolitik. Unter dem Motto der „Generationengerechtigkeit“ hat sich hier eine Rhetorik entfaltet, die Begründungen für eine einseitige Haushaltskonsolidierung bis hin zur Privatisierung der Sozialsysteme liefert. Vor dem Hintergrund des demografischen Wandels werden Ängste geschürt, die junge Generation könnte von den Lasten der Sozialversicherungssysteme „erdrückt“ werden.

Nicht alles jedoch, was unter dem Deckmantel von Demografie und Generationengerechtigkeit steht, entspricht einem realen Blick auf gesellschaftliche Verhältnisse. Schnell werden dabei junge gegen alte, kinderreiche gegen kinderlose und starke gegen schwache Menschen ausgespielt. Die real existierende Generationenendebatte nimmt dabei die demografische Entwicklung zum Ausgangspunkt für die Infragestellung der gegenwärtigen Sozialordnung. Aus dem Blick geraten dabei reale gesellschaftliche Verhältnisse und Spielräume zur Gestaltung des demografischen Wandels.

Beherrschend dabei ist das Bild „Die Alten rauben die Jungen aus“. Als Folge einer kampagnenartigen Medieninszenierung prägt dieses Bild heute den politischen Diskurs. „Die Last der Alten“ hat nicht nur die Titelseiten von *Stern*, *Spiegel* oder *FAZ* erreicht, sondern mittlerweile auch das Alltagsverständnis

---

1 Dieser Beitrag ist Resultat des Projekts „Generationengerechtigkeit in der Diskussion“, das von Stipendiaten der Hans-Böckler-Stiftung vom Frühjahr 2003 bis Herbst 2004 durchgeführt worden ist. Dieser Beitrag basiert weitgehend auf den Projektergebnissen sowie auf weiteren Artikel zu sozialpolitischen, gesamtwirtschaftlichen und juristischen Aspekten, die in dem Buch *Generationen & Gerechtigkeit* zusammengefasst sind.

der sich in Verantwortung befindenden Politikerinnen und Politiker. Doch nicht nur hier, sondern auch in Ökonomie, Wissenschaft und Kultur ist die Denkfigur eine Konstante geworden. Der – zweifelsohne jahrzehntelang existierende und sich verstärkende – demografische Wandel wird dazu verwendet, Sozialkürzungen und prozyklische Haushaltskonsolidierung mit den Bedürfnissen und Ansprüchen einer zukünftigen, mithin noch gar nicht lebenden Generation zu begründen. Die Bilder einer sich umkehrenden Alterspyramide suggerieren eine nüchterne Problembeschreibung. Die Überspitzung und Dramatisierung durch Medien, Wissenschaft und Politik sind jedoch Teil einer Kampagne gegen Staatlichkeit insgesamt und einer populistischen Inanspruchnahme von Ansprüchen junger Menschen, die sich am deutlichsten in der Forderung des Vorsitzenden der Jungen Union nach Ablehnung von Operationen für alte Menschen ausdrückt.<sup>2</sup>

In der *PROKLA* setzte sich in der Nummer 121 Norbert Reuter mit dieser Debatte hinsichtlich Staatsverschuldung und Rentenfinanzierung unter finanzwissenschaftlichen Gesichtspunkten kritisch auseinander (Reuter 2000). Wir wollen uns im Folgenden der real existierenden Generationenendebatte nähern und anknüpfend an Reuters gesamtwirtschaftliche Betrachtung populäre Muster der Generationenendebatte kritisch überprüfen. Die Beantwortung der Frage, inwieweit der Klassenkompromiss der sozialstaatlichen Regelungen an sein Ende gelangt, hängt neben der ökonomischen Basis auf der ideologischen Ebene entscheidend vom Verlauf des kommenden Generationenwechsels ab. Hierzu soll abgeschätzt werden, in welchem Maß der Begriff „Generationengerechtigkeit“ in gesellschaftlichen Debatten dominierend ist und ob junge Menschen eigentlich wirklich Träger/innen der Forderung nach Generationengerechtigkeit sind.

Den Dramatisierungen der öffentlichen Kampagne zu widersprechen, bedeutet nicht, die Herausforderungen des demografischen Wandels auf betrieblicher, sektoraler und gesellschaftlicher Ebene zu übersehen. Abschließend sollen daher unabhängig von der ideologischen Überhöhung der Generationengerechtigkeit Elemente beschrieben werden, die den Terminus weniger missbräuchlich füllen und auf tatsächliche Herausforderungen des demografischen Wandels eingehen.

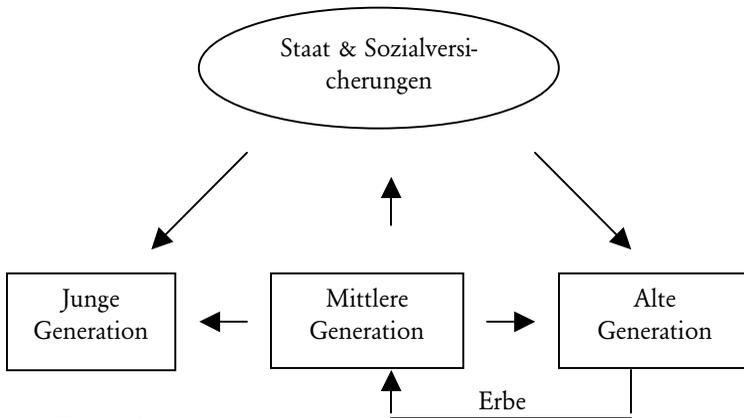
## 1. Populäre Mythenbildung

Ganz wesentlich beruht die Debatte um Generationengerechtigkeit auf der Behauptung, dass die ältere Generation über eine zu hohe Einkommensposition aufgrund von üppigen Rentenzahlungen verfügen würde. Das sozialstaatliche Generationenverhältnis basiert in modernen Gesellschaften jedoch auf einem sich über den Lebensverlauf ausgleichenden Transfersystem (vgl. Abb. 1).

---

2 „Keine Hüftgelenkte für die ganz Alten“, *Tagesspiegel* vom 3. August 2003.

Abbildung 1: Die wichtigsten Transferströme zwischen den Generationen



Quelle: Hauser (2004: 32)

Die Angehörigen der jeweils mittleren Generation sind überwiegend erwerbstätig und leben vom direkt erzielten Arbeitseinkommen, sofern kein Kapitalbesitz besteht. Die jüngste Generation lebt überwiegend von direkten Transfers der Eltern. Zwar bestehen mit dem Kindergeld, Kinderbetreuungseinrichtungen u.ä. einige öffentliche Förderinstrumente, doch bleiben Kinder im deutschen Sozialstaat weitgehend Privatsache der Eltern. Die jeweils älteste Generation hat die eigene aktive Erwerbsphase bereits abgeschlossen und empfängt nun Transfereinkommen in Form von Altersrenten, die von der mittleren Generation erbracht werden. Dieses Modell firmiert in Deutschland als Generationenvertrag und ist über die Umlagefinanzierung der gesetzlichen Rentenversicherung (GRV) organisiert. Dieses Verfahren finanziert vornehmlich durch die Beiträge der aktiv Beschäftigten die jeweils aktuellen Renten, gleichzeitig erwerben die Beitragszahler Anwartschaften auf künftige Rentenzahlungen für das eigene Alter.<sup>3</sup> Bei diesen Ansprüchen gegenüber der gesetzlichen Rentenversicherung handelt es sich um Eigentum, das einem verfassungsrechtlichem Schutz unterliegt (Bieback 1997).

Mit der großen Reform von 1957 ist die gleichberechtigte Teilnahme am gesamtwirtschaftlichen Wohlstand ins Zentrum der Rentenpolitik gerückt. Das Ziel der Rentenversicherung ist demnach nicht nur auf die Vermeidung von Altersarmut beschränkt, sondern orientiert sich auch auf die Sicherung des

3 Neben den Sozialversicherungsbeiträgen hat in den letzten Jahren der Bundeszuschuss eine immer wichtigere Bedeutung gewonnen, so wurden 2002 31% der Gesamtausgaben der GRV durch verschiedene Zuschüsse aus dem Bundeshaushalt finanziert. Die Rechtfertigung für die verschiedenen Formen des Bundeszuschusses finden sich neben der politischen Zielstellung der Stabilisierung der Beitragssätze in der Übertragung von allgemeinen sozialen Aufgaben auf die Rentenversicherung, denen keine Beitragseinnahmen gegenüberstehen. Beispiele hierfür sind Anrechnung von Ausbildungszeiten, Ersatzzeiten, Zahlung von Fremdrenten.

Lebensstandards. Über an die Lohnentwicklung gekoppelte Rentenanpassungen ist diese wichtigste Form von Einkünften der älteren Generation an die allgemeine Einkommensentwicklung angebunden. Die Zielstellung der Lebensstandardsicherung ist allerdings u.a. durch die 2001 vorgenommene Absenkung des Rentenniveaus real weiter aus dem Blickpunkt der Rentenpolitik geraten (Bäcker 2004: 82).

Das Prinzip der GRV beruht auf einer Teilhabeäquivalenz, die in abgeschwächter Form die Lohnstruktur widerspiegelt. Entscheidend für die Höhe der individuellen Rente ist die relative Höhe des „verbeitragten“ Bruttoeinkommens im Verhältnis zum durchschnittlichen Bruttoeinkommen aller Versicherten in den jeweiligen Versicherungsjahren. Hieraus folgt, dass vor allem gebrochene Erwerbsbiographien sowie nicht vollzeitbeschäftigte Frauen oftmals nur über geringe Rentenanwartschaften verfügen. Ein Ausgleich für erbrachte Erziehungsleistungen besteht aber in rentensteigernden Kindererziehungszeiten, durch die vor allem Frauenrenten erhöht werden.

Die Eckrente für den angenommenen (männlichen) Standardrentner mit 45 Versicherungsjahren beträgt nach Abzug der Kranken- und Pflegeversicherungsbeiträge 1033,66 Euro und liegt bei angenommenen 69,9% eines vergleichbaren Arbeitnehmereinkommens (Statistisches Bundesamt 2003). Die tatsächlich erzielten Renten liegen für die Mehrzahl der Rentner hingegen deutlich unter diesem Referenzwert (Bäcker/Koch 2003: 214). Neben der GRV erzielen viele Ältere zudem Einkünfte aus Betriebsrenten und aus der privaten Altersvorsorge, die bei der Betrachtung der tatsächlichen Einkommensposition von Angehörigen der älteren Generation einzubeziehen sind. Zudem ist anzumerken, dass viele über Wohneigentum für den Lebensabend vorgesorgt haben. Die Krux der privaten Vorsorge ist heute wie gestern, dass diejenigen mit geringen Rentenansprüchen aufgrund der niedrigen Einkommensposition sich häufig auch nicht die private Altersvorsorge leisten können. Insgesamt zeigen Studien wie der Alters Survey, dass sich eine überzogen hohe Einkommensposition der Altenhaushalte nicht feststellen lässt (Kohli/Künemund 2000: 176).

In der nicht mehr erwerbstätigen Kohorte ist die Einkommenslage vor allem bei folgenden Gruppen prekär (Bäcker 2004: 85):

- Ehemalige Arbeitnehmerhaushalte mit niedriger beruflicher Position des Mannes sowie Ehen mit Orientierung auf das Ernährer- und Hausfrauenmodell;
- Alleinstehende, ledige oder geschiedene Frauen sowie Witwen aus der vorgenannten Gruppe;
- ehemalige „kleine“ Selbständige, die keine ausreichende private Vorsorge aufgebaut haben;
- Migranten, die erst im mittleren Alter in die Bundesrepublik gekommen sind und keine ausreichenden Rentenanwartschaften erwerben konnten.

In der erwerbsfähigen Kohorte können vor allem Haushalte mit mehreren Kindern als arm eingestuft werden. Besonders prekär erweist sich die finanziel-

le Lage von Alleinerziehenden und ihren Kindern. So erreichen von den Paar-Haushalten mit 3 und mehr Kindern knapp 28% ein Pro-Kopf-Einkommen von weniger als 50% des Durchschnitts, fast zwei Drittel liegen insgesamt im Niedrigeinkommensbereich von unter 75% des gewichteten durchschnittlichen Haushaltseinkommens. Bei Alleinerziehenden beträgt der Anteil derjenigen mit Einkommen bis zur Hälfte des durchschnittlichen Haushaltseinkommens ca. 30,6%. Die Wahrscheinlichkeit der Einkommensarmut sinkt rapide, wenn keine Kinder im Haushalt vorhanden sind, so gelten nur ca. 3% der Haushalte ohne Kinder als einkommensarm.

Insgesamt existiert eine große Spreizung der Einkommenssituation der privaten Haushalte. So wenig es „die“ Einkommenslage von Altenhaushalten gibt, kann von „der“ Einkommenslage der Haushalte ausgegangen werden, die sich in der Erwerbsphase befinden. Insofern sind Zweifel am Versuch angebracht, die Gruppe der „Alten“ und der „Jungen“ zu vergleichen und daraus Rückschlüsse für jeweilige Gerechtigkeitsniveaus zu ziehen.

Abschließend soll der Blick auf die materielle Lage der jungen Generation gerichtet werden. Zwar kann die materielle Lage der meisten Kinder und Jugendlichen als gesichert angesehen werden kann. Eine zunehmende Zahl von Kindern und Jugendlichen wächst allerdings in einkommensarmen Verhältnissen auf, so dass oft von der „Infantilisierung der Armut“ gesprochen wird. Die Studie *Armut und Ungleichheit in Deutschland* kommt zu dem Ergebnis, dass ca. 2 Millionen Kinder und Jugendliche und damit mehr als 14% als arm gelten (Hanesch/Krause/Bäcker/Maschke/Otto 2000). Überproportional sind hier Kinder betroffen, die in kinderreichen Familien oder bei Alleinerziehenden aufwachsen. Laut Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung von 2001 ist die Sozialhilfequote von Kindern fast doppelt so hoch wie beim Bevölkerungsdurchschnitt (Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung 2001: 78). Es kann insofern von einer massiven intragenerationellen Ungerechtigkeit gesprochen werden, die sicher auch in anderen Generationen festgestellt werden kann (Klundt 2004: 207).

Angesichts dieser gespaltenen sozialen Lage von Kindern und Jugendlichen ist auch das verbreitete Bild der Erbengeneration zu hinterfragen. Schließlich ist die „Erbenfreude“ mehr als ungleich verteilt: Das ärmste Drittel wird nichts erben, das mittlere Drittel bekommt ein wenig und das reichste Drittel bekommt nahezu alles. Hirschel macht darauf aufmerksam, dass sich durch die anstehenden Vermögensübertragungen die Verteilungsverhältnisse noch weiter polarisieren werden. „Mit der Zunahme der Erbschaften werden sich auch die sozialen Gegensätze vergrößern. Denn Personen aus höheren Bildungsschichten, die in der Regel schon selbst höhere soziale Positionen erreichen, erben höher als Personen mit niedrigerem Bildungsstand“ (Hirschel 2001: 38).

Eine weitere wesentliche Figur in der Generationenendebatte ist der demografische Wandel. Eine rückläufige Geburtenrate und eine steigende Lebenserwar-

tung führen dazu, dass der Altersaufbau der bundesdeutschen Gesellschaft nachhaltig verändert wird. Kommen heute auf einen über 60jährigen 2,27 Menschen mittleren Alters, so wird sich diese Relation nach der 10. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung des statistischen Bundesamtes im Jahr 2050 auf 1,28 verändert haben (Statistisches Bundesamt 2003: 26). Der hieraus häufig gezogene Schluss erscheint zunächst nachvollziehbar: Auf die Bevölkerung im arbeitsfähigem Alter kommen höhere Belastungen in Form von steigenden Beiträgen zur gesetzlichen Rentenversicherung zu.

Insgesamt muss der Aussagekraft, mit der solche statistischen Rechnereien als naturwüchsig dargestellt werden, vorsichtig begegnet werden. Bosbach wertet Prognosen mit einer Frist von 50 Jahren als moderne Form der Kaffeesatzleseerei (Bosbach 2004: 96). Schließlich können Prognosen zwar mit optimistischen und pessimistischen Varianten bestehende Trends fortschreiben, Strukturbrüche können aber kaum vorausgesagt werden. Bosbach illustriert dies anhand einer fiktiven Prognose aus dem Jahr 1950. Die Regierung Adenauer hätte für ihre Rentenpolitik folgende demografisch relevante Faktoren voraussetzen müssen: Die Antibabypille, die Anwerbung von ausländischen Arbeitskräften, den Trend zur Kleinfamilie sowie die Öffnung der Grenzen in Osteuropa und die Wiedervereinigung. Mit diesem Beispiel werden sehr genau die Möglichkeiten und vor allem die Grenzen statistischer Berechnungen deutlich. Man sollte sich daher vergegenwärtigen, dass die vorausgesagten Entwicklungen immer auch durch aktive Politik zu beeinflussen sind.

Tabelle 1: *Demografische Quotienten*

Jahr	Jugendquotient	Altersquotient	Gesamtquotient
1950	59,3	26	85,3
1955	59	28,2	87,2
1960	55	29,9	84,9
1965	57,9	34,8	92,7
1970	62,7	39	101,7
1975	60,1	40,2	100,3
1980	53,3	36,9	90,2
1985	44,6	37,2	81,8
1990	39	36,5	75,5

Quelle: Deutscher Bundestag (1998: 64)

Auch bei einer genaueren Betrachtung des demografischen Wandels erkennt man schnell, dass Hysterie keinesfalls angezeigt ist. So befindet sich, wie Tabelle 1 zeigt, die Bundesrepublik in einem permanenten demografischen Wandel. Der Altersquotient, der die Altersgruppe der über 60jährigen in Relation zur Bevölkerung im arbeitsfähigem Alter setzt, ist seit 1950 von einem

Wert von 26 bis 1990 auf 36,5 angestiegen. Die erwerbstätige Generation hat aber nicht nur die ältere, sondern auch die jüngere Generation zu ernähren. Die Tabelle 1 zeigt daher auch den Jugendquotienten sowie den sich hieraus ergebenden Gesamtquotienten an. Der Jugendquotient ist von unter 60 auf knapp unter 40 gefallen und der wichtigere Gesamtquotient hat sich in diesem Zeitraum von 85,3 auf 75,5 reduziert. Die Relation von Menschen im erwerbsfähigem Alter zu denjenigen, die zu versorgen sind, hat sich also entspannt.

Aus dem veränderten demografischen Aufbau wird häufig auf eine veränderte Relation von Beitragszahlern und Leistungsempfängern in der GRV geschlossen. Zwar ist die demografische Struktur eines Landes ein Hinweis auf die Gruppengröße der Beitragszahler, doch wird diese vor allem über die Lage auf dem Arbeitsmarkt bestimmt. Entscheidend ist nicht allein die Relation zwischen Alten und Jungen, sondern vor allem die Art der Beschäftigung, die Anzahl der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten sowie das Niveau der Arbeitslosigkeit.

Tabelle 2 zeigt die nach Geschlecht differenzierten Erwerbsquoten im Zeitverlauf. Die Erwerbsquote ist zwischen 1960 und 2002 von 47,7% nur um 1,5% angestiegen und verharrt knapp unter 50%. Vor allem die im europäischen Vergleich niedrige Frauenerwerbstätigenquote ist sowohl aus geschlechterpolitischen Überlegungen als auch aus sozialpolitischen Gesichtspunkten heraus problematisch und zeigt Ansatzpunkte für eine Sozialstaatsreform auf.

Tabelle 2: *Erwerbsquoten in Prozent*

Jahr	Insgesamt	Männer	Frauen
1960	47,7	63,6	33,6
1965	46,1	61,8	31,9
1970	43,9	59,1	30,2
1975	43,4	57,1	30,9
1980	44,9	58,4	32,6
1985	47,6	60,3	35,9
1990	49,6	60,8	39,2
1995	49,1	57,8	40,9
2000	49,1	56,6	41,9
2002	49,2	56,2	42,6

Quelle: Bundesministerium für Gesundheit und Soziale Sicherung (2003)

Als größtes Problem der Sozialversicherungen erweist sich die negative Beschäftigungsentwicklung sowie die Massenarbeitslosigkeit, die mit massiven Kosten sowohl für die öffentlichen Haushalte als auch für die Betroffenen einhergeht und in der Folge zu einer schwachen Binnennachfrage führen. Of-

fensichtlich scheint sich hier kein sonderliches gesellschaftliches Kostenbewusstsein entwickelt zu haben. So beziffert die Bundesagentur für Arbeit die direkten fiskalischen Kosten der Arbeitslosigkeit für 4,1 Millionen registrierte Arbeitslose mit 75 Mrd. Euro pro Jahr (Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik 2004: 59).

Die Behauptung eines ungerecht gewordenen Generationenvertrags in der Alterssicherung übersieht, dass die Abfolge verschiedener Generationen nicht statisch verläuft. So ist der Kapitalismus insofern eine Erfolgsgeschichte, als sowohl das Produktionsergebnis als auch die Produktivität immer weiter gesteigert werden konnten. Durch diesen dynamischen Prozess wurde die sich stetig erweiternde Basis dafür geschaffen, dass die jeweils arbeitende Generation immer besser die Transferzahlungen an Kinder und Alte leisten kann. Von 1970 bis 1997 ist das BIP in Preisen von 1991 von 1.543 Mrd. DM auf 3.101 Mrd. DM angestiegen und hat sich damit verdoppelt. Trotz sich abschwächender Zuwachsraten ist nicht zu erwarten, dass sich dieser positive Trend zukünftig negativ entwickeln wird. Gehen wir pessimistisch von einem jährlichen Anstieg der Arbeitsproduktivität um 1,4% aus, würde sich bei konstanter Erwerbstätigenzahl das reale BIP im Verlauf von 50 Jahren immer noch mehr als verdoppeln. In der Generationenendebatte ist zu bedenken, dass sich die ökonomische Basis für Rententransfers immer wieder erweitert hat und sich dieser Trend aller Wahrscheinlichkeit nach in der Zukunft fortsetzt. Eine generationengerechte Politik hat so primär die Aufgabe, das wirtschaftliche Produktionspotential weiter zu steigern und es entsprechend auch auszunutzen. Schon aufgrund dieser dynamischen Entwicklung erscheint die Forderung der „Gleichbehandlung der verschiedenen Kohorten“, die von Protagonisten der Generationengerechtigkeit erhoben wird, als unpräzise und zweifelhaft. So bemerkt Welti, dass „die Schicksale, Lasten und Bedürfnisse der Generationen sich nicht gegeneinander aufrechnen (lassen). Die Zeit verändert die Maßstäbe der Gleichheit. Das Prinzip der Generationensolidarität setzt gerade voraus, dass sich die Generationen in ihrer Verschiedenheit in der Zeit anerkennen“ (Welti 2004: 123). Unabhängig davon, ob die Rentenfinanzierung durch ein Umlage- oder über ein Kapitaldeckungsverfahren organisiert ist, sind die jeweils laufenden Rentenzahlungen wie alle anderen Sozialtransfers an die jeweilige wirtschaftliche Leistungsfähigkeit eines Landes gebunden. Auch das größte Geldbündel ist wertlos, wenn dem Geld kein entsprechend aktuell produzierter Gegenwert gegenübersteht. Dies wusste Gerhard Mackenroth bereits in den 1950ern:

„Nun gilt der einfache und klare Satz, dass aller Sozialaufwand immer aus dem Volkseinkommen der laufenden Periode gedeckt werden muss. Es gibt keine andere Quelle und es hat nie eine andere Quelle gegeben, aus der Sozialaufwand fließen könnte, es gibt keine Ansammlung von Fonds, keine Übertragung von Einkommensteilen von Periode zu Periode, kein ‚Sparen‘ im privatwirtschaftlichen – es gibt einfach gar nichts anderes als das laufende Volkseinkommen als Quelle für den Sozialaufwand. Das ist auch nicht eine besondere Tücke unserer Zeit, die von der Hand in den Mund lebt, sondern das ist immer so gewesen und kann nie anders sein“ (Mackenroth 1952).

Man sollte sich daher vergegenwärtigen, dass unabhängig davon, ob die Rente über eine Umlage oder über Kapitaldeckung organisiert wird, beide Formen immer an die realwirtschaftliche Entwicklung gebunden sind. Auch die Renditen von Kapitalanlagen müssen erst einmal produziert werden. So stellte Reuter fest, „sollten sich aus dem demografischen Wandel zusätzliche Belastungen für die arbeitende Bevölkerung ergeben, so birgt die Stärkung der kapitalgedeckten Rente keine Gewähr für die Verbesserung der Lage (Reuter 2000: 564). Der Unterschied zwischen privater Kapitaldeckung und öffentlicher Umlage besteht vielmehr darin, dass die Rentenhöhe bei der Umlage das Resultat einer politisch-demokratischen Entscheidung ist und bei der Kapitaldeckung „anonyme“ Marktprozesse entscheiden (Bäcker/Koch 2003: 214). Auch bringen die zyklisch auftretenden Berg- und Talfahrten auf den Finanzmärkten erhebliche Probleme der Kapitaldeckung hervor. Nicht zuletzt der jüngste Börsencrash dürfte angesichts vieler überzogener Erwartungen an die Sicherheit und langfristige Renditeentwicklung von Rentenfonds zur Ernüchterung geführt haben.

## 2. Generationendebatte gestern und heute

Der Diskurs um Generationen und Gerechtigkeit hat sich zwar erst in den späten 1990ern entfaltet, doch schon in Otto Helmut's *Volk in Gefahr – Der Geburtenrückgang zu seine Folgen für Deutschlands Zukunft* lassen sich die Grundmuster der heutigen Debatte wiederfinden. Schon 1934 wurde der Rückgang von Geburten und Sterbefällen beklagt. Wurden 1890 auf 1000 Einwohner noch 36 Neugeborene und 24,5 Sterbefälle verzeichnet, so halbierte sich bis 1930 sowohl die Zahl der Neugeborenen auf 17,5 als auch die Sterbefälle auf 11 (Helmut 1934: 11). Auch hier wurde beklagt, dass das deutsche Volk insgesamt schrumpfen und zudem vergreisen würde. Als „Massengrab des Volkes“ wurden die Großstädte und hier besonders Berlin erkannt. So wurde vorhergesagt, dass die Hauptstadt mit seinen damals knapp 4 Mio. Einwohnern bis 1955 auf 3 Millionen und 2015 auf insgesamt 0,5 Millionen Einwohner zusammenschrumpfen würde.

Ganz ähnlich wie heute hieß es: „Die Überalterung der Volkes bringt wie wir wissen, ein immer stärkeres Anwachsen der alten nicht mehr erwerbsfähigen Bevölkerungsteile mit sich, während die Zahl der Werktätigen zurückgeht. Hierdurch erhöhen sich einerseits die zum Unterhalt der Arbeitsinvaliden notwendigen Ausgaben, während andererseits die Hände zur Beschaffung derselben immer weniger werden“ (Helmut 1934: 30). Die Ursachen des Geburtenrückgangs werden auch thematisiert. So wird beklagt, dass die mit Kindern verbundene Opferbereitschaft nicht mehr vorhanden sei, vielmehr wolle die Frau von heute ihr Leben genießen.

Wie verlief nun der Aufstieg des Generationendiskurses in den 1990ern? In überregionalen Zeitungen wurde (entsprechend den Recherchen in Presseda-

tenbanken) 1997 „Generationengerechtigkeit“ erstmals verwendet. Seit 1999 verbreitete sich der Begriff im Kontext der Rentendiskussion sprunghaft, um schließlich in der sozialpolitischen Debatte des Jahres 2003 fast überall aufzutreten. Nullmeyer weist darauf hin, dass der Aufstieg mit einer bestimmten richtungspolitischen Konjunktur einherging (Nullmeyer 2004: 62). Der Erfolgsfaktor des Begriffs liegt in seiner Flexibilität, der vielen politischen Akteuren begriffspolitische Chancen eröffnet.

Derzeit scheint es so, dass das Aufrufen der Generationensemantik im öffentlichen Diskurs kaum zur Lösung von sozialen Problemen beiträgt. Vielmehr wird oftmals eine Instrumentalisierung generationaler und demografischer Sachverhalte betrieben, bei der aber die massiven sozialen Ungleichheiten und geschlechterstrukturellen Bedingungen außen vor bleiben (Lange 2004: 207). Elemente der skizzierten Generationenendebatte finden sich bei nahezu allen im Bundestag vertretenen Parteien. Ein Blick in deren Wahlprogramme macht dies deutlich. So ist für die CDU „Generationengerechtigkeit die größte sozialpolitische Aufgabe der vor uns liegenden Jahre“. Die FDP möchte, „um Generationengerechtigkeit wiederherzustellen, dringend Reformen der Sozialversicherungen“ durchführen. Für die Grünen bleibt „Haushaltskonsolidierung Daueraufgabe [da] die Partei der Generationengerechtigkeit verpflichtet ist“. Für die SPD schafft eine „solide Finanzpolitik Gestaltungsspielräume für Investitionen in wichtige Zukunftsfelder und verbessert die Lebenschancen künftiger Generationen“.

Während seiner Regierungserklärung am 14. März 2003 begründete Bundeskanzler Schröder die Agenda 2010 vor allem auch mit dem Ziel, „den nachfolgenden Generationen die Chancen auf ein gutes Leben nicht zu verbauen“ und auch in einer in diesem Winter auf allen Bahnhöfen verteilten Broschüre der Bundesregierung heißt es „Gerecht ist, künftigen Generationen keine unfinanzierbaren Sozialsysteme zu hinterlassen“ (Presse- und Informationsamt der Bundesregierung 2003: 10). In dem Aufruf „Den Aufbruch wagen!“, der von 100 WirtschaftswissenschaftlerInnen zur Unterstützung der Agenda 2010 unterschrieben wurde, findet sich eine Beschreibung des weiter angestrebten Pfads: „Leitgedanke einer nachhaltigen Rentenpolitik muss die Generationengerechtigkeit sein. Die Abschaffung von Frühverrentung und die Anhebung des Renteneintrittsalters ersetzen kein umfassendes Reformkonzept wie die Ausweitung kapitalgedeckter Systeme.“ Interessant ist dabei, dass zusammen mit der Forderung nach „der“ Generationengerechtigkeit auch gleich eine Medizin aus dem Arzneikasten neoliberaler Politik mitgeliefert wird.

### *Gesellschaft im fortwährenden Generationenwechsel*

Generationenkonflikte sind historisch betrachtet immer wieder aufgetreten. Sowohl auf der persönlichen als auch auf der abstrakt gesellschaftlichen Ebene

weiß wohl jede heute lebende Generation über die Auseinandersetzungen mit den jeweils Älteren und Jüngeren etwas zu berichten.

Kurz und knapp haben schon Karl Marx und Friedrich Engels die gesellschaftliche und ökonomische Bedeutung des Wechsels verschiedener Generationen beschrieben: „Jede Generation [erbt] ... eine Masse von Produktivkräften, Kapitalien und Umständen, die zwar einerseits von der neuen Generation modifiziert wird, ihr aber auch andererseits ihre eigenen Lebensbedingungen vorschreibt und ihr eine bestimmte Entwicklung, einen speziellen Charakter gibt“ (MEW 3: 38). Alle Angehörigen der jeweils jüngsten Generation finden die Welt entsprechend so vor, wie sie von den vorangegangenen Generationen gestaltet wurde und hierdurch sind die kollektiven Lebensbedingungen weitgehend vorgegeben. Dieser allmählich erwachsen werdenden Generation obliegt es dann, die Welt nach ihren Vorstellungen zu gestalten.

Dieser Prozess kann als Generationenwechsel beschrieben werden. Prägendes gemeinsames Merkmal der heute etwa 15- bis 30-jährigen sind vor allem über Bildungsinstitutionen vermittelte gemeinsame Erfahrungen. Diese reichen von der gemeinsamen Grundschule und dann zunehmend differenziert über die weiterführenden Schulen bis hin zu betrieblicher Berufsausbildung und Studium. Diese eigenständige Lebensphase „Jugend“ steckt für jede Generation ein Feld gemeinsamer Erfahrungen, Anschauungen und Erlebnisse ab. Breiter gefasst entwickelt jede Generation hieraus eigene Ausdrucks- und Gestaltungsformen aus dem Set von ökonomischen, sozialen, politischen und ideologischen Formen ihrer Zeit sowie in der Auseinandersetzung mit der Erwachsenengeneration. Die Basis gemeinsamer Erfahrungen und Erlebnisse wird dabei durch Zugehörigkeit entsprechend der Herkunft und des Geschlechts differenziert bzw. gebrochen, aber häufig prägen die Bilder einer Generation in der langen Frist über Klassengrenzen hinweg. Die Generation liegt damit scheinbar quer zum marxistischen Klassenbegriff; der Kampf um die Deutung des Generationenwechsels kann aber leicht in marxistischen Kategorien interpretiert werden.

Der heute ablaufende Generationenwechsel und die Interpretationshoheit über diesen Prozess sind maßgeblich für die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse im Jahr 2020. Entsprechend ideologisch umkämpft gestaltet sich der Generationenwechsel zwischen den verschiedenen tonangebenden Gruppen innerhalb der jungen Generation. In diesem Kontext muss auch die aktuelle Debatte um Generationen gedacht werden. Die derzeitige Debatte ist Teil eines politischen Kulturkampfes um die politische Hegemonie innerhalb der jungen Generation.

Bleibt das angebotene Bild der wenigen Jungen, die für die Rente der Alten buckeln müssen, in den Köpfen hängen, wird auf der Ebene des Generationenwechsels der Anspruch auf Sozialstaatlichkeit untergraben. Dabei ist es bis zu einem gewissen Grad nicht entscheidend, ob denn das Bild in den Köpfen

den realen Gegebenheiten entspricht. Entscheidend ist vielmehr das Gefühl, dass es mit dem bisherigen Niveau an Sozialstaatlichkeit eben nicht mehr geht und gehandelt werden muss. Dann kann heute und verstärkt morgen unter dem Deckmantel der Reform das Rentenniveau weiter abgesenkt und weitere Zuzahlungen in der GKV durchgesetzt werden, was dann öffentlich als Beitrag zur Gerechtigkeit zwischen den Generationen verkauft wird.

Doch nicht nur der Generationenwechsel ist umkämpft, sondern auch der Begriff Generationengerechtigkeit. Mit groß angelegten Kampagnen versuchen verschiedene Lobbygruppen das Thema Generationengerechtigkeit für sich zu gewinnen. Zum Beispiel warb der Verband der privaten Krankenversicherungen monatelang auf ganzseitigen Anzeigen in nahezu allen überregionalen Tageszeitungen unter dem Deckmantel der Generationengerechtigkeit für die Abschaffung der bisherigen gesetzlichen Krankenversicherung und für die Privatisierung der Krankheitskosten. Junge Menschen werden somit in Haftung genommen für die Forderungen von interessengeleiteten Wirtschaftslobbyisten.

### *Jugend und „Generationengerechtigkeit“*

Der Begriff der „Generationengerechtigkeit“ suggeriert, dass in dessen Namen gestaltete Reformen nicht nur jungen Menschen dienen, sondern geradezu im Auftrage junger Menschen stehen. Es herrscht eine Vorstellung, Generationengerechtigkeit sei per se positiv für „unsere Kinder“.

Der aus der Öko-Bewegung resultierende Nachhaltigkeitsdiskurs war zweifelsohne ein Projekt einer jüngeren Generation vor allem in den 80er Jahren. Heute allerdings stellt sich die Frage, ob die herrschende Generationen-debatte und die Forderung nach mehr Generationengerechtigkeit eine zentrale Forderung der Mehrheit junger Menschen ist.

Sich dieser Fragestellung zu nähern, gerät schnell an Grenzen. Denn interessant ist, dass keine uns bekannte Jugendstudie sich explizit mit dieser Fragestellung beschäftigt. „Generationengerechtigkeit“ spielt in der Jugendforschung kaum eine Rolle. Dies mag nach Arthur Fischer daran liegen, dass die Jugendforschung „die einzige Disziplin ist, [...] die an ihrem Gegenstand eigentlich gar nicht interessiert ist“ (Schindler 2004: 29). Es könnte aber auch daran liegen, dass das Thema in der Lebensrealität junger Menschen nicht verankert ist. So bezeichnen laut einer Studie des BAT-Freizeitforschungsinstituts 94% der Befragten die Aussage „Die Alten leben auf Kosten der Jungen“ als unzutreffend (*Frankfurter Rundschau*, 18.12. 2003). Die IG Metall-Jugendstudie belegt sogar, dass das Band der Generationen innerhalb der Familie deutlich fester wird. So würde die Herkunftsfamilie für jüngere ArbeitnehmerInnen wieder wichtiger, wenngleich sich das Verhältnis auch wandelt: „Die Eltern stellen nicht mehr nur die alte Generation dar, die versucht, die Erfahrung der Jüngeren durch Belehrungen vorwegzunehmen, sondern sie sind Partner in einer ato-

misierten Welt und einer allgemein unsicheren Zukunft“ (IG Metall, 2002: 150). Die Shell-Jugendstudie (Deutsche Shell 2002) unterstreicht, dass Werte wie Familie und Zusammenhalt wieder an Bedeutung innerhalb der jungen Generation gewinnen. Dies deutet schon an, dass ein Kampf „Junge gegen Alte“ mit dem Wertehorizont junger Menschen nicht wirklich übereinstimmt. Die Jugendforscherin Yvonne Fritzsche stellt fest: „Generationenkonflikt[e] auf der konkreten Alltagsebene scheinen abgeschwächt“ (Fritzsche 2004).

Die angesprochene Fragestellung kann also nach vorliegenden Studien nur andeutungsweise beantwortet werden. Die Shell-Jugendstudie 2002 belegt einen deutlich nüchterneren Blick, als es geläufige Etikettierungen der jungen Generation vortäuschen. Diese Studie verzeichnet eine tiefe Spaltung innerhalb der jungen Generation zwischen „selbstbewussten Machern und pragmatischen Idealisten“ auf der einen sowie „robusten Materialisten und Unauffälligen“ auf der anderen Seite. Während erstere sich durch eine äußerst positive Zukunftserwartung auszeichnen und gleichfalls einiges an Rüstzeug für die Herausforderungen insbesondere auf dem Arbeitsmarkt mitbringen, sind letztere eher pessimistisch, haben schlechtere Chancen im Bildungssystem und weniger Aussichten auf Karriere im Beruf. Diese sind es auch, die zukünftig eher in prekären Verhältnissen arbeiten und leben werden. Dass letztere, die häufig einen schwierigeren Einstieg ins Erwerbsleben finden, sich weniger Sozialstaatlichkeit im Namen von „Generationengerechtigkeit“ wünschen, mag kaum einleuchten. Sie sind vielmehr auf soziale Sicherung in einer wandelnden Gesellschaft angewiesen, um nicht dauerhaft ausgeschlossen zu werden oder am Rande zu stehen. Wenn, dann könnte höchstens die Gruppe der selbstbewussten Macher oder der pragmatischen Idealisten sich mit einem auf Sozialabbau gemünzten Diskurs anfreunden. Beide sind Teil der „Leistungs- und Engagementelite der Jugend“ (Deutsche Shell 2002: 20). Beide Gruppen zeichnen sich allerdings in unterschiedlicher Intensität darin aus, dass ihnen sowohl Leistung als auch Sicherheit wichtig sind. Der soziale Gedanke spielt bei ihnen – ebenso wie der Leistungsgedanke – eine herausgehobene Rolle. Sie sind es, die – angesichts mangelnder Zukunftschancen – zunehmend individualistischere gesellschaftliche Behauptungsstrategien wählen und ihren Erfolg suchen. Zusammengefasst müssen sich die Jugendlichen in der gegenwärtigen Lage hohen Leistungsanforderungen stellen und sind dabei gleichzeitig erhöhten Risiken ausgesetzt.

Diese jungen Menschen zum Träger der derzeitigen neoliberalen Generationen-debatte zu machen, wäre vorschnell. Sicherlich ist der Wertewandel zu einer flexibel-pragmatischen Haltung in der Jugend für ein neoliberales Projekt instrumentalisierbar. Wieso sollte diese aber nicht auch für eine solidarische Politik nutzbar sein?

Der erzieherisch-paternalistische Impetus, den die Debatte um Generationengerechtigkeit in sich trägt, kommt vor allem im politischen Raum zum Aus-

druck. In seiner Rede auf dem SPD-Sonderparteitag in Berlin postulierte Bundeskanzler Schröder die Agenda 2010 als Reformbeitrag für künftige Generationen. Applaus kam dann vor allem von der Elterngeneration nach dem Motto: „Mein Kind soll es mal besser haben als ich selbst (und erst recht nicht schlechter)“. Dieses Argumentationsmuster hat mit der Lebenssituation und den Lebensentwürfen junger Menschen rein gar nichts mehr zu tun. Denn mit der Behauptung, Reformen für zukünftige, noch gar nicht lebende Generationen zu machen, sind die Wertvorstellungen einer solchen Politik vollends aus dem Alltagsverständnis junger Menschen entrückt. Dies unterstreicht Fritzsche, wenn sie schreibt: „Die abstrakten Verteilungskonflikte zwischen den Generationen spielen in der Wahrnehmung der meisten jungen Leute (noch) keine relevante Rolle. Die (politischen) Diskursinhalte sind schier ‚meilenweit‘ von ihnen und ihren Alltagsorgen entfernt“ (Fritzsche 2004).

Auffallend ist, dass sich junge Menschen (obwohl Politikerinnen und Politiker allerorts behaupten, Reformen genau für „diese Jungen“ zu machen) zunehmend von dieser Art politischer Vereinnahmung verabschieden – und das zu Recht. Alle hier verwendeten Jugendstudien zeigen, dass sich junge Menschen von der derzeitigen Politik nicht mehr repräsentiert fühlen. Daraus speist sich ein großer Teil der „Parteienverdrossenheit“ junger Menschen. Jugendliche lehnen die Art und Weise von Politik, wie sie derzeit ist oder „gemacht wird“, ab. Mit anderen Worten: Zwischen der heutigen Politikergeneration und den Ansprüchen und Lebenswelten jungen Menschen klafft eine erhebliche Lücke, was im Übrigen nicht daran liegt, dass zu wenig Junge in der Politik wären, sondern an der Politik selbst. Diese Form der Entfremdung verstärkt sich aber noch, wenn jetzt dieselben Politiker auch noch vorgeben, im Namen junger Menschen zu sprechen. An dieser Stelle wird der derzeitige Generationendiskurs paradox: Ohne junge Menschen und deren Erwartungen zu repräsentieren, versucht ein großer Teile der derzeitigen Politik, der von Seiten der Jungen mit großer Skepsis begegnet wird, für eben diese junge Generation zu sprechen. Es offenbart sich, dass ein großer Teil der real existierenden Generationendebatte ein Diskurs *über* - und nicht *von* der jungen Generation ist.

### *Eine Generationendebatte ohne Kern?*

Solange also der Generationendiskurs nicht im Alltagsverständnis junger Menschen ankommt, ihre Erwartungen, Ansprüche oder Lebensrealitäten nicht widerspiegelt, wird er eine Debatte innerhalb der Feuilletons bleiben. Was allerdings nicht heißt, dass er keine politische Wirkungsmacht entfalten würde. Dies ist zweifelsohne der Fall. Denn Politik und Medien versuchen zweifelsohne, junge Menschen für die derzeitigen „Sozialreformen“ in Haftung zu nehmen. Hier bekommt die neoliberale Generationendebatte *strategischen*

Charakter. Vordergründig geht es um einen Begründungszusammenhang für die marktconforme Umstrukturierung des Sozialstaats. Doch „um Loyalität in den Fraktionen und um Akzeptanz in der Öffentlichkeit“ (Rock 2004: 29) zu erzeugen, bedarf es auch einer gesellschaftlichen Legitimation einer bestimmten Politik. Dazu bedienen sich die Agenturen konservativ-neoliberaler Politik eben dieser Generationen-debatte: Denn um in großen Teilen der mittleren und älteren Generationen die Akzeptanzrate für Sozialabbau-maßnahmen zu steigern, wird suggeriert, ihr „Opfer“ stünde in einem quasi höherem Auftrage: Nämlich für die nachwachsenden – mitunter noch gar nicht geborenen – Generationen. Der Appell: „Denkt auch an eure Kinder!“ wird so gezielt genutzt, gesellschaftliche und politische Widerstände zu brechen und Zustimmung für „Verzicht“ und Sozialkürzungen in breiten gesellschaftlichen Milieus zu gewinnen. Damit offenbart sich die neoliberale Generationen-debatte als strategischer Argumentationszusammenhang für die Meinungshoheit über sozialstaatliche Reformkonzeptionen und Entwicklungspfade. Dies wird umso deutlicher, wenn vor Augen geführt wird, dass ja diejenigen, für die Privatisierung des Sozialstaats angeblich durchgeführt wird („zukünftige Generationen“) gerade jene sind, die zukünftig nicht mehr durch sozialen Leistungen abgesichert sind. Damit ist die neoliberale Generationen-debatte schlicht eine Debatte ohne Kern: Junge Menschen, die nicht Promotoren der Argumente von Generationengerechtigkeit sind, müssen gleichfalls als Begründung für Sozialkürzungen herhalten, deren Folge massive Unsicherheiten für diese heranwachsende Generation sind. Gerade deshalb ist es auch im Interesse der jungen Menschen notwendig, diesen strategischen Charakter der neoliberalen Generationen-debatte zu benennen, um sich dem Thema Generationen und Gerechtigkeit solidarisch zu nähern. Denn nur „wer die Jugend [*wirklich*] versteht, ist auf die Zukunft vorbereitet“ (Schindler 2004: 29, Ergänzung durch die Autoren).

### 3. Ein neuer Generationenvertrag

Was bleibt aber nun von der Kategorie „Generationengerechtigkeit“, wenn sie weder im Bewusstsein der jungen Menschen eine herausgehobene Rolle spielt noch einer sachlichen Analyse standhält, stattdessen aber umso mehr in der veröffentlichten Meinung ideologiebildend wirkt? Ob man dieser Kategorie positiv oder negativ gegenübersteht, die Generationen-debatte ist (und bleibt) existent. Und sie ist darüber hinaus auch für ein progressives, solidarisches Politikprojekt nutzbar, und zwar dann, wenn die Generationen-debatte nicht mehr als Stellvertreterdebatte gegen soziale Institutionen in die Waagschale geworfen wird, sondern für die Zukunftschancen derer „instrumentalisiert“ wird, denen sie vorgibt zu dienen: den jungen Menschen. Das würde bedeuten, dass allen jungen Menschen und allen Kindern heute eine Perspektive in

Leben, Arbeiten und Wirtschaften geboten wird. Das wird ohne die Solidarität aller Generationen, vor allem aber ohne solidarische gesellschaftliche Umverteilung nicht gelingen können. Ein nüchterner, aber ernüchternder Blick zeigt: Heute leben mehr als 1 Million Kinder in Sozialhilfe. Tausende junger Menschen finden keinen Ausbildungsplatz. 10% aller Menschen unter 25 Jahren haben keinen einzigen qualifizierenden Abschluss. Und wir leisten uns in Deutschland ein Bildungssystem, das durch frühe Selektion und Finanzierungsmisere ausgezehrt ist. Das ist die Bilanz, einer Generationenendebatte, die die Gerechtigkeitsfrage zwischen den Menschen nicht mehr tangiert.

Junge Menschen betreiben ein „aktives „Umweltmonitoring“. Das heißt, sie überprüfen ihre soziale Umwelt auf Chancen und Risiken, wobei sie Chancen ergreifen und Risiken minimieren wollen. Mit anderen Worten, sie suchen ihre Umgebung nach Chancen und Möglichkeiten der persönlichen Entfaltung und der Karriereaussichten ab. Diese Lebensrealität ist es, die eine solidarische Generationenendebatte aufgreifen müsste. „Generationengerechtigkeit“ wird in der derzeitigen Reformdiskussion meist damit begründet, dass heutige Reformen jungen Menschen in der Zukunft eine Perspektive geben. Diese Sicht ist nicht einmal innerhalb der jungen Generation mehrheitsfähig. So verzeichnet die IG Metall-Jugendstudie eine starke „Gegenwartsorientierung“ junger Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (IG Metall 2002: 148). Demnach wären junge Menschen eher für ein politisches Projekt mobilisierbar, das nicht mit einer Abbauperspektive über den Generationenwechsel hinweg verbunden ist, sondern – im Gegenteil – mit einer positiven Vision eines guten Arbeitens und Lebens.

Daraus müsste sich ein neues Sozialstaatsverständnis ableiten, welches die Gleichung „Leistung gegen Teilhabe“ auflöst. Der Sozialstaat müsste die Form eines „flexiblen Lebenslaufbegleiters“ annehmen, der nicht nur in Risikozeiten Sicherheit bereithält, sondern auch Hilfestellungen in der Bildungs- und Erwerbslaufbahn vorhält. Flexibilität und Mobilität müssten mit dem individuellen Anspruch an Sicherheit und Selbstbestimmung verbunden werden. Denn die Ergebnisse der Jugendstudien zeigen: Wenn Sozialstaatlichkeit wieder in der Lebensrealität *aller* Jugendlichen erfahrbar wird, ist ein erheblicher Teil seiner Legitimationslücke geschlossen.

Trotz aller Argumente der neoliberalen Generationenendebatte müsste ein solcher Sozialstaat aus der aktuellen Wertschöpfung finanziert werden. Eine interessante Wendung würde die Generationenendebatte dann annehmen, wenn über den demografischen Wandel auf dem Arbeitsmarkt und dessen Auswirkungen gesprochen würde. Es sollte entlang dem skandinavischen Vorbild auch in Deutschland erreicht werden, Kinder und Beruf durch eine auszubauende Kinderbetreuung sowie durch eine flexible Arbeitszeitpolitik der Unternehmen endlich vereinbaren zu können. Sollte die Einwanderungspolitik weiter so restriktiv bleiben wie bisher, ist zu erwarten, dass die Erwerbsgesellschaft insgesamt altert. Die Frage stellt sich, wie in einer alternden Erwerbsgesell-

schaft weiter eine hohe Arbeitsproduktivität erreicht werden kann beziehungsweise wie ein nachhaltiges Wachstum mit in der Mehrzahl älteren Beschäftigten erzielt werden kann. Dazu müsste in Deutschland und Europa endlich eine politische Debatte um gesetzliche oder tarifliche Maßnahmen zur Finanzierung und Organisation des lebensbegleitenden Lernens einsetzen. Gleichzeitig bräuchten wir mehr Initiativen für Gesundheit in der Arbeitswelt, um der „Arbeit wieder ein gesundes Maß“ zu geben (Schmitthenner 2001: 229). Eine moderne Weiterbildungspolitik sowie eine umverteilende und nicht verlängernde Arbeitszeitpolitik als Nukleus eines gesunden Arbeitsplatzes wären für eine fortschrittliche Reaktion auf den demografischen Wandel geeignet. Die neoliberale Generationenendebatte jedoch kapituliert vor diesen entscheidenden gesellschaftlichen Herausforderungen.

## Literatur

- Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik (2004): *Memorandum 2004*, Köln.
- Bäcker, Gerhard; Koch, Angelika (2003): Die Jungen als Verlierer? Alterssicherung und Generationengerechtigkeit, in *WSI-Mitteilungen 2/2003*, 111-117.
- Bäcker, Gerhard (2004): Sozialpolitische Aspekte von Generationengerechtigkeit, in: *Generationen & Gerechtigkeit*, 76-98.
- Bieback, Karl-Jürgen (1997): *Verfassungsrechtlicher Schutz gegen Abbau und Umstrukturierung von Sozialleistungen*, Schriftenreihe der Juristischen Gesellschaft zu Berlin, Heft 152.
- Bosbach, Gerd (2004): Demografische Entwicklung, in *Gewerkschaftliche Monatshefte 2/2004*, 96-103.
- Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung (2001): *Lebenslagen in Deutschland. Der erste Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung*, Bonn.
- Bundesministerium für Gesundheit und Soziale Sicherung (2003): *Statistisches Taschenbuch 2003*, Berlin.
- Burmeister, Kai; Böhning, Björn (2004): *Generationen und Gerechtigkeit*, Hamburg .
- Deutscher Bundestag (1998): *Zweiter Zwischenbericht der Enquête-Kommission Demographischer Wandel*, Drucksache 13/11460.
- Deutsche Shell (2002): *Jugend 2002*, Hamburg/ Frankfurt am Main.
- Esping-Andersen, Gösta (2003): Aus reichen Kindern werden reiche Eltern, in: *Frankfurter Rundschau* 20. Dezember, 7.
- Schindler, Jörg (2004): Jugend erforscht, in: *Frankfurter Rundschau* 3. März 2004, 29.
- Fritzsche, Yvonne (2004): *Lebenssituationen im aktuellen Gesellschaftskontext und Verhaltensstrategien*, Thesenpapier zur Tagung „Solidarische Generationen!“, 7.3. 2004 in Düsseldorf.
- Hanesch, Walter; Krause, Peter; Bäcker, Gerhard; Maschke, Michael; Otto, Birgit (2000): *Neuer Armutsbericht für die Bundesrepublik Deutschland*, Reinbek.
- Hauser, Richard (2004): Generationengerechtigkeit, Volksvermögen und Vererbung in: *Generationen & Gerechtigkeit*, 29-44.
- Helmuth, Otto (1934): *Volk in Gefahr - Der Geburtenrückgang und seine Folgen für Deutschlands Zukunft*, München.
- Hirschel, Dierk (2001): Über die Schwierigkeiten des politischen Umgangs mit Reichtum, in: Richard Detje; Dierck Hirschel; Karl Georg Zinn, *Reichtum & Armut*, Supplement der Zeitschrift Sozialismus 6/2001.
- IG Metall (2002): *IG-Metall-Jugendstudie. Lebensrealitäten junger Arbeitnehmer und Arbeitnehmerin*, Marburg.
- Kluntz, Michael (2004): Soziale Spaltung im Jugendalter, in *Generationen & Gerechtigkeit*, 130-148.
- Kohli, Martin; Künemund, Harald (2000): *Die zweite Lebenshälfte. Gesellschaftliche Lage und Partizipation im Spiegel des Alters-Survey*, Opladen.

- Lange, Andreas (2004): Von „Demographiekeulen“ und anderen generationenrhetorischen Nebelkerzen, in: *Generationen & Gerechtigkeit*, 198-210.
- Mackenroth, Gerhard (1952): *Die Reform der Sozialpolitik durch einen deutschen Sozialplan*, Berlin.
- Marx, Karl; Engels, Friedrich (1969): *Die deutsche Ideologie*, MEW Bd. 3, Berlin.
- Nullmeier, Frank (2004): Der Diskurs der Generationengerechtigkeit in Wissenschaft und Politik, in: *Generationen & Gerechtigkeit*, 62-75.
- Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (2003): *Antworten zur Agenda 2010*, Berlin.
- Reuter, Norbert (2000): Generationengerechtigkeit in der Wirtschaftspolitik, in: *PROKLA* 121, 547-566.
- Rock, Joachim (2004): Medien, Macht und die Inszenierung von Sozialreformen, in: *spw* 138, 28-31.
- Winfried Schmähl (2004): Generationengerechtigkeit« und Alterssicherung, in: *Generationen & Gerechtigkeit*, 45-61.
- Schmitthenner, Horst (2001): Der Arbeit wieder ein gesundes Maß geben, in: Pickshaus, Klaus; Schmitthenner, Horst; Urban, Hans-Jürgen (Hrsg.): *Arbeiten ohne Ende*, Hamburg.
- Statistisches Bundesamt (2003): *Bevölkerung Deutschlands bis 2050 - 10. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung*, Wiesbaden.
- Felix Welti (2004): Rechtliche Aspekte von Generationengerechtigkeit, in: *Generationen & Gerechtigkeit*, 99-129.



*Heiner Ganßmann*  
**Politische Ökonomie des Sozialstaats**  
 (Einstiege Band 10)

2000 – 195 S. – € 15,30 – ISBN 3-89691-690-4

Gegen den weit verbreiteten Eindruck, dass der bundesdeutsche Sozialstaat in der Krise sei, arbeitet Heiner Ganßmann die Voraussetzungen und Formen von Sozialstaatlichkeit heraus. Er zeigt: Gerade unter den Bedingungen der ökonomischen Globalisierung gibt es keine wirklichen Alternativen zu einer politisch organisierten kollektiven Daseinsvorsorge.

**WESTFÄLISCHES DAMPFBOOT**



Hafenweg 26a · 48155 Münster · Tel. 0251/3900480 · Fax 0251/39004850  
 e-mail: [info@dampfboot-verlag.de](mailto:info@dampfboot-verlag.de) · <http://www.dampfboot-verlag.de>